



Damen und Herren

der Presse

Saarbrücken, 07.02.2020

Landkreistag Saarland: Altschuldenhilfe des Bundes als Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland zeitnah umsetzen

Zum wiederholten Mal hat sich der Vorstand des Landkreistages am heutigen Tag in Saarbrücken mit dem Thema Altschuldenhilfe des Bundes befasst und seine Forderung nach einer zügigen Umsetzung der geplanten Altschuldenhilfe des Bundes bekräftigt. „Wir sehen darin einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland“ erklärte der Vorsitzende des Landkreistages Saarland, Landrat Patrik Lauer. Der Bund sei nun aufgefordert, aus den Beratungen in der Kommission zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. „Die Hilfen des Bundes dürfen dabei nicht nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedürftigkeit verteilt werden“ erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Landkreistages, Landrat Udo Recktenwald.

Anlass der erneuten Befassung war ein sog. Kreisranking der Zeitschrift Focus Money vom 02.01.2020. Dort belegen alle saarländischen Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken

Plätze in der unteren Hälfte des Rankings, abgeschlagen hinter den von Focus Money als erfolgreich bezeichneten Regionen. Obgleich die Bemessungsmaßstäbe, auf denen das Ranking fußt, methodisch zu hinterfragen sind und die Diskussion in der genannten Zeitschrift nicht mit dem notwendigen Tiefgang geführt wird, „wird durch das Ranking deutlich, dass dringender Handlungsbedarf im Hinblick auf die annähernde Einhaltung des Verfassungsziels der Schaffung und Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland besteht“, so der Vorsitzende des Landkreistages.

Die saarländischen Städte und Gemeinden sind bekanntlich die höchstverschuldeten Gemeinden in Deutschland. Dazu tragen neben dem unterdurchschnittlichen Steueraufkommen auch hohe Sozialausgaben infolge des wirtschaftlichen Strukturwandels im Saarland bei, die über die Kreisumlage zu finanzieren sind. „Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Bundesfinanzminister seine Pläne zur Übernahme kommunaler Altschulden inzwischen konkretisiert hat“, erklärte Landrat Patrik Lauer. Nunmehr komme es darauf an, dass auch die Länder und Regionen in Deutschland, denen es finanziell und wirtschaftlich gut geht, diese Solidaritätsleistung des Bundes wohlwollend begleiten. „Das ist ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung des Verfassungsgebotes der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland“, so Lauer wörtlich. Nun seien CDU und SPD auf Bundesebene gefordert, sich rasch über das weitere Verfahren im Hinblick auf die notwendige Grundgesetzänderung zu verständigen.

Seinen Appell richtete Lauer auch an die CDU-Vorsitzende und ehemalige saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer: „Nur wenige kennen die Probleme der saarländischen Kommunen besser als unsere ehemalige Ministerpräsidentin. Es wäre gut, wenn sie ihren Einfluss geltend machen könnte und mit für eine rasche Verständigung zwischen Union und SPD auf Bundesebene beitragen würde,“ fuhr der Vorsitzende des Landkreistages Saarland fort.

„Das Land hat mit dem Saarlandpakt seine Hausaufgaben gemacht“, stellte der stellvertretende Vorsitzende Udo Recktenwald fest. Damit werde ein beachtlicher Schritt zur langfristigen Entschuldung der saarländischen Kommunen getan. „Die Hilfen des Landes und die eigenen Sparanstrengungen der Kommunen reichen jedoch nicht aus, um auf Dauer die strukturelle kommunale Unterfinanzierung im Saarland zu beseitigen“, so Udo Recktenwald. Notwendig seien neben der geplanten Altschuldenhilfe des Bundes auch weitere Bundeshilfen, etwa durch die weitere Übernahme von Soziallasten durch den Bund oder gar die Beteiligung der Landkreise an einer Wachstumssteuer. Insgesamt müsse der Bund endlich dem Grundsatz ‚Wer bestellt, bezahlt‘ viel stärker gerecht werden. Es könne nicht sein, dass durch Bundesgesetze wie aktuell durch das Angehörigenentlastungsgesetz oder das Gute-Kita-Gesetz finanzielle Ausgaben auf die Landkreise abgewälzt werden, die der Bund als gesetzgeberischer Verursacher eigentlich selbst bezahlen müsste.

Im Hinblick auf die Diskussion in der kommunalen Familie bundesweit forderte der Vorsitzende des Landkreistages erneut die Solidarität aller Landesverbände des Deutschen Landkreistages ein. „Weder eine starre rechtsdogmatische Sichtweise noch Eifersüchteleien und Neiddebatten zwischen den Bundesländern bringen uns weiter“, führte Landrat Patrik Lauer aus. Gegenüber dem eigenen Bundesverband werbe man daher gemeinsam mit den Landkreistagen in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz um Solidarität mit denjenigen Kommunen, die sich unverschuldet in finanzieller Not befinden.

Ansprechpartner:

Martin Luckas, Geschäftsführer

Tel.: 0681-95094516